

Ortlieb, Heinz-Dietrich

Article — Digitized Version

Herakles oder Sisyphos?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ortlieb, Heinz-Dietrich (1974) : Herakles oder Sisyphos?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 6, pp. 278-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134686>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

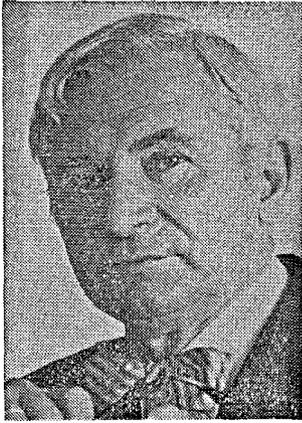
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Heinz-Dietrich Ortlieb

Herakles oder Sisyphos?

„Von Willi Brandt haben wir alle ‚neue Grenzen‘ erwartet. Bei Ihnen machen wir uns auf Blut, Schweiß und Tränen gefaßt, – und Sie werden uns nicht enttäuschen. Niemand verlangt von Ihnen, daß Sie uns neue Horizonte eröffnen. Es reicht, wenn Sie uns mit Anstand über die nächsten Hürden bringen.“

Theo Sommer an Helmut Schmidt

In der Tat, soweit ist es mit uns gekommen, daß von „neuen Horizonten“ nicht mehr die Rede sein kann. Jedenfalls nicht, solange der Augeiasstall weiter existiert, der infolge festgelaufener pseudoprogressiver Reformen, unrealistischer Erwartungen, unberechtigter Ansprüche und vernunftloser Obstruktion seit 1967 entstanden ist.

Aus den Erfahrungen seines Vorgängers hat der neue Bundeskanzler offensichtlich begrif-

fen, wo die Gefahr des größten Dammbrechens heute liegt. So bildete er eine Art Labour-Regierung, indem er auffallend viele Gewerkschafter ins Kabinett aufnahm und auch darüber hinaus als erste die Gewerkschaften ins Vertrauen zog. Auf der gleichen Linie lag seine Erklärung, daß die neue Regierung eine Regierung der Arbeitnehmer sei. Das war taktisch notwendig, wenn damit deutlich gemacht werden sollte, daß die neue Regierung hinter den Interessen der Mehrheit steht und daß sie nicht gewillt ist, sich von Pressionen und Widerständen agierender Minderheiten beirren zu lassen.

Aber nun kommt es darauf an! – Wird der Bundeskanzler die Gewerkschaftsführung in die Pflicht nehmen, sich ihrerseits weder von der wachsenden Zahl ihrer linksintellektuellen Berater noch von der radikalen Minderheit ihrer Mitglieder weiter erpressen zu lassen? Wird er den Bundesvorsitzenden des DGB Heinz Oskar Vetter und andere Gewerkschaftskollegen davon überzeugen können, daß die erforderliche Stabilität als Voraussetzung künftigen Fortschritts nicht wiederzugewinnen ist, wenn man glaubt, weiterhin mit klassenkämpferischer Phraseologie einem libertinen Egalitarismus nachlaufen zu müssen? Und wird der Bundeskanzler es persönlich auf sich nehmen, die Arbeitnehmerschaft davon zu überzeugen, daß im Interesse der Zukunft auch sie ihre Ansprüche zurückstecken muß und daß es immer wieder Situationen geben wird, wo Einkommensminderungen und andere Opfer und Unbequemlichkeiten unvermeidlich werden können?

Die Einführung der 40-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst ist selbst als Einhaltung einer einmal gegebenen, aber voreiligen Zusage noch bedenklich. Doch wird auf jeden Fall Klarheit darüber zu schaffen sein, daß die Phase der allgemeinen Arbeitszeitverkürzungen vorüber ist. Das Problem der Gastarbeiter,

die uns übrigens in den so entscheidenden Bereichen des mittleren und gehobenen Dienstes keinerlei Aushilfe bieten, ist uns schon heute über den Kopf gewachsen. Auch sollten wir an unsere Kinder denken, ehe wir hemmungslos die Frauenarbeit zu forcieren suchen. Mit der überfälligen Steuerreform mag für 1975 eine Steuersenkung der unteren Einkommen angekündigt werden. Aber ist es noch realistisch, daraus ein weiteres Wachstum der Realeinkommen vorauszusagen? Und ist es nicht geradezu unverantwortlich, wenn die Opposition, links überholend, sich in dieser Sache als der wahre Garant wachsender Realeinkommen preist?

Die neue Regierung darf diesmal nicht versäumen, was ihre Vorgängerinnen spätestens 1966, 1969 und 1973 sträflich unterlassen haben. Sie muß endlich der Gefälligkeitsdemokratie und der Anspruchsgesellschaft unserer Vergangenheit eine Absage erteilen. Sie muß den Mut zur Probe aufs Exempel haben, ob die Bundesbürger in ihrer Mehrheit nicht mündiger sind, als sie seit 25 Jahren, von einer allzu gefälligen politischen Führung falsch angesprochen, zu sein schienen. Dafür kann der Bundeskanzler allerdings nur den Anstoß geben. Den größten Widerstand wird er bei unseren pseudoprogressiven Bewußtseinsbildnern finden.

Es erfordert heute für einen Staatsmann einen übermenschlichen geistigen und moralischen Kraftaufwand, um als Pragmatiker gegen alles das anzugehen, was sich an nihilistisch-utopistischen Leitbildern unter dem Etikett „antireaktionär“ und „progressiv“ in unsere öffentliche und geheime Bewußtseinsbildung eingeschlichen hat. So wird er nur Erfolg haben können, wenn ihm in allen Gruppen Erfüllungsgesellen zuwachsen, die sich den Verstand noch nicht durch modische Reizworte haben verwirren lassen. Sonst muß aus der Rolle eines Herakles die eines Sisyphos werden.